

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 3. Dezember 1932

Nummer 97

Siebzig Jahre

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Am 2. Dezember 1862, also schon 3 1/2 Jahre vor Gründung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, fand sich eine Anzahl Berliner Buchdrucker zusammen zwecks Gründung einer Buchdruckervereinigung für Berlin, deren Aufgabe es sein sollte, die traurigen Verhältnisse zu verbessern und eine Verschlechterung der Lage der Gehilfen abzuwenden, daneben auch technische und wissenschaftliche Vorträge zu veranstalten u. a. m. Die erste Vereinsversammlung am 9. Dezember 1862 zeigte schon 53 Kollegen als Mitglieder, also als Vereinsgründer. Der „Berliner Buchdrucker-Gehilfen-Verein“, wie er genannt wurde, trat sofort mit einem Aufruf an die Berliner Kollegenschaft in Form eines Inserats an die Öffentlichkeit, um darin die Gründung des Vereins, seine Statuten und das Mitgliederverzeichnis bekanntzugeben. Das war für die damalige Zeit eine mutige Tat, denn der § 183 der damals gültigen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 lautete:

„Die Bildung von Verbindungen unter Fabrikarbeitern, Gesellen, Gehilfen oder Lehrlingen ohne positive Erlaubnis ist, sofern nach der Kriminalgesetz keine härtere Strafe eintritt, an den Stillern und Vorstehern mit Geldbuße bis zu fünfzig Talern oder Gefängnis bis zu vier Wochen, an den übrigen Teilnehmern mit Geldbuße bis zu 20 Talern oder Gefängnis bis zu vierzehn Tagen zu ahnden.“

Genso wurde mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft, wer andre zur Einstellung der Arbeit aufforderte oder veranlaßte, während Verlassen der Arbeit, großer Ungehorsam oder beharrliche Widerpenstigkeit mit Geldbuße bis zu 20 Talern oder mit Gefängnisstrafe bis zu 14 Tagen zu bestrafen war. Das war vor 70 Jahren, im Jahr 1862. Klingt das nicht recht neuzeitlich? Wie lautete doch die inzwischen wieder aufgelegene „Einstweilige Verfügung“, die das Berliner Arbeitsgericht auf Antrag des Deutschen Buchdrucker-Vereins am 11. Oktober 1932 gegen den Verband der Deutschen Buchdrucker erließ? Sie war Geist vom Geist von 1845 und hatte folgenden Wortlaut:

„Dem Antragsgegner wird jede direkte oder indirekte tatsächliche, moralische oder finanzielle Unterstützung der in Streit getretenen Arbeitnehmer der Firma Otto Enke, Kottbus, verboten. Dem Antragsgegner wird aufgegeben, es zu unterlassen, den Streit weiter zu organisieren und durchzuführen; dies alles bei Vermeidung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe und einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten für den Fall der Zuwiderhandlung.“

Daß die Gründung des Berliner Vereins nicht nur ein Bedürfnis, sondern eine Notwendigkeit war, bewies sein schnelles Wachstum und seine Tätigkeit: Nach vier Wochen zählte man schon 300 Mitglieder, nach 12 Wochen wurde eine Tarifkommission gewählt und nach einem halben Jahr ein Johannisfest gefeiert — alles Zeichen guten kollegialen Geistes. Infolge des Anschlusses des 1868 gegründeten Vereins der Schriftgießer wurde am 1. Januar 1869 der Titel geändert in „Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer“, wie er noch heute lautet. — Unter den schwersten Lohnkonflikten und Tarifkämpfen hat der Verein versucht, die Verhältnisse im Gewerbe zu verbessern; wie schwer ihm dies gemacht wurde, beweist eine Statistik aus dem Jahr 1887, als der Verein 25 Jahre bestand. Es wurden gezählt insgesamt 291 Betriebe mit 2969 Gehilfen und 1037 Lehrlingen, davon entlohnten nach dem Tarif 143 Firmen mit 1955 Gehilfen und 769 Lehrlingen, wogegen 136 Firmen mit 318 Gehilfen und 372 Lehrlingen nicht nach dem Tarif be-

zahlten. Von 12 Firmen mit 663 Gehilfen und 96 Lehrlingen war nicht festzustellen, ob der Tarif eingehalten wurde. Diese unhaltbaren Zustände gaben Anlaß zu einer großartigen Agitation, wodurch bis 1890 die Mitgliederzahl um 50 Prozent gesteigert (von 2000 auf 3024) und dem Tarif 46 Druckereien mit ungefähr 700 Gehilfen neu zugeführt wurden. Von 1896 mit 4000 Mitgliedern ging es rapid aufwärts, so daß am 30. Stützungsfest 1912 der Verein mehr als 12000 Mitglieder buchen konnte, eine Ziffer, die sich am 1. Januar 1931 bis auf 16 177 Kollegen steigerte. Infolge der Wirtschaftskrise und durch Invaldisierung, Abreise, Berufswechsel, Austritte und Ausschlüsse wegen organisationsfeindlichen Verhaltens sank diese Zahl bis zum 1. Oktober 1932 bis auf 15 154 herab. Eine am 1. August 1932 angenommene Statistik ergab eine Mitgliederzahl von 15364; von diesen hatten eine Vereinszugehörigkeit bis zu 5 Jahren 3002, bis zu 10 Jahren 3305, bis zu 15 Jahren 1794, bis zu 20 Jahren 1277, bis zu 25 Jahren 1491, bis zu 30 Jahren 1634, bis zu 35 Jahren 1242, bis zu 40 Jahren 632, bis zu 45 Jahren 284, bis zu 50 Jahren 56, bis zu 55 Jahren 6 und bis zu 60 Jahren ein Kollege. Unter den Invaldisen befinden sich neun Kollegen, die mehr als 60 Jahre dem Verband der Deutschen Buchdrucker angehören. Die höchste Zahl der Mitglieder in der Lehrlingsabteilung wurde am 1. Januar 1929 mit 2121 erreicht, die durch den Geburtenrückgang während des Weltkriegs bis auf 1373 am 1. Oktober 1932 sank. Der Invaldisenstand des Vereins betrug am 1. November 1932 1146, eine Zahl, die von Monat zu Monat ständig steigt, da durch den anhaltenden Auftragsmangel überall die älteren Kollegen entlassen werden, wenn sie das 65. Lebensjahr überschritten haben. Im Weltkrieg 1914 bis 1918 hatte der Verein 1125 Gefallene zu beklagen.

Durch zähes, unermüdliches Vorgehen der Gehilfenschaft war es gelungen, den tariflichen Spitzenlohn (ohne Spartenzuschlag) im Jahr 1930 bis auf 58,50 M. zu erhöhen. Durch Schiedsgericht und Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wurde dieser Lohn ab 1. Januar 1932 auf 48 M. gesenkt, wodurch eine ungeheure Erbitterung unter den deutschen Kollegen ausgelöst wurde.

An arbeitslosen Mitgliedern wurden Mitte November 1932 rund 5900 gezählt, von denen der größte Teil in der regulären Unterstellung ausgestellt war und nur noch eine kleine Koststandsunterstützung durch Verband und Gau erhält — dank der Opferwilligkeit der noch in Stellung befindlichen Mitglieder, die wirklich Hervorragendes an Solidarität und Kollegialität geleistet haben und weiter unter großen Opfern leisten. Und diese erfreuliche Tatsache gibt der Vereinsleitung den Mut, trotz aller Widerwärtigkeiten der Zeit ungebeugt in die Zukunft zu sehen, denn was Streikniederlagen, Bruderkämpfe, Weltkrieg, Kriegsfolgen und Inflation nicht vermocht haben, das wird auch der Druck der Weltkrise nicht erreichen. Und wenn die reaktionäre Gewerbeordnung von 1845 und 1862 die Berliner Kollegen nicht beugen konnte, so werden auch die Notverordnungen mit ihren Strafanordnungen von 1932 wirkungslos verpuffen, und auch die Knebelung der Presse und die Beschlagnahme und Auserbetriebung von Produktionsmitteln als Buße oder Vorbeugungsmittel für sogenannte Preßvergehen, wie sie zur Zeit angewandt werden, können das erhoffte Resultat nicht bringen, sondern schädigen nur die Berufsangehörigen und lösen die entgegen-

Die Berliner Kollegenschaft hat im Lauf der Jahrzehnte vieles Schwere ertragen, sie wird auch diese reaktionäre Epoche überleben. Jeder Kollege weiß, daß es unter den jetzigen Verhältnissen sehr schwer ist, Neues zu erobern, daß wir vielmehr alle Kräfte der Organisation einsetzen müssen, um das Bestehende zu erhalten und weitere Verschlechterungen unserer Lebenslage abzuwehren. Wir sind überzeugt, daß in diesem Bestreben sich die ganze Berliner Mitgliedschaft einig ist und auch in Zukunft ihre ganze Kraft einsetzen wird, um alle Angriffe abzuwehren, von welcher Seite sie auch kommen mögen!

Marx ist tot - aber der Sozialismus lebt!

„Marx ist groß — und Tarnow sein Prophet.“ So leitartete die „Zeitschrift“ der Buchdruckerunternehmer in ihrer Nummer 86, um noch einmal und endgültig die gewerkschaftlichen Kaufkraftargumente zu erledigen. Mein Vergnügen an einer solchen Distinktion würde erheblich größer sein, wenn der Kritiker auf der einen Seite wenigstens das Problem zu erkennen vermöchte, um das es geht. Ich hatte versucht, es ihm etwas näherzubringen, indem ich die gesamtwirtschaftliche Frage am Buchdruckerberuf erläuterte: Wäre hier etwa ein Aufschwung denkbar durch das Mittel einer allgemeinen Lohnsenkung und Verminderung der Massenauflage? Könnten die Druckereien ihre Produktion vermehren, wenn die Lohnwünsche des Unternehmertums so weit erfüllt wären, daß der letzte Arbeiter darauf verzichten müßte, Druckerzeugnisse zu kaufen?

Das Resultat meiner ehrlich gemeinten Bemühung ist wahrhaft niederschmetternd. Statt über die konkrete und einfache Frage nachzudenken und zu versuchen, von hier aus zum Verständnis des volkswirtschaftlichen Problems vorzudringen, sieht die „Zeitschrift“ in meiner pädagogischen Methode nur den aus „innerer Unsicherheit“ zu erklärenden Versuch, die Distinktion auf eine andre Ebene zu verfrachten. Womit ich aber nach ihrer Meinung rettungslos auf einer schiefen Ebene gelandet bin, denn was versteht der „Partei-Politiker und Holzarbeiter-Gewerkschaftler“ schon vom Buchdruckerberuf? „Wir sprechen ihm die Urteilskraft über Fragen unseres Gewerbes ab“, beklammert das Unternehmerorgan und ist gnädig genug, diesen Mangel an Kenntnissen immerhin als Entschuldigungsgrund für die falschen volkswirtschaftlichen Auffassungen gelten zu lassen, denen ich fröne. Wie hätte ich anders zu der Behauptung kommen können, daß das Unternehmertum seine organisatorische Macht dazu benutzte, die Preise zu stützen und die Löhne zu stützen? Wo doch im Buchdruckerberuf immer „das Gegenteil der Fall war, insofern die Entwicklung der Löhne der der Preise immer weit voraussetzte.“ Wenn auch in neuerer Zeit die Löhne gesenkt worden seien, so wäre aber doch der Preissturz noch viel stärker.

Die Leser des „Korrespondent“ würden es sicher als einen tränkenden Zweifel an ihrer Intelligenz empfinden, wenn ich ihnen erst noch klarzumachen mich bemühen wollte, daß die Richtigkeit der Kaufkrafttheorie nicht dadurch erschüttert werden kann, daß in dem einen oder anderen Wirtschaftszweig das Verhältnis zwischen Preis- und Lohnentwicklung vom Durchschnitt abweicht. Es handelt sich um ein volkswirtschaftliches Verhältnis, nämlich darum, ob mit dem gesamten Lohnaufkommen der Arbeiter eine größere oder geringere Gütermenge gekauft werden kann. Selbst wenn es im Buchdruckerberuf so läge, wie die „Zeitschrift“ mich belehren möchte, würde nichts daran geändert, daß der Reallohn der deutschen Arbeiterklasse katastrophal tief gesunken ist und daß auf dieser eingeschrumpten Kaufkraftbasis notwendigerweise auch die Produktionskrumpung nicht behoben werden kann, geschweige denn durch noch immer weitere Lohnsenkungen.

Die Behauptung des Unternehmertums ist also für die volkswirtschaftliche Kaufkraftfrage ziemlich belanglos, aber wie steht es denn überhaupt mit ihrer Richtigkeit? Die Gegenseite mag es wiederum meiner sachgewandten Leserschaft zugute halten, wenn ich Zweifel daran nicht unterdrücken konnte. Und siehe da: In der „Solidarität“ vom 5. November d. J. befindet sich gerade eine Abseht über die Entwicklung von Drucktarif und Hilfsarbeiterlohn, die in einem sehr schroffen Gegensatz zu der Unternehmertumsbehauptung steht: Danach sind nämlich von 1913 bis heute

die Druckpreise auf 225 Proz., die Löhne dagegen nur auf 150 Proz. gestiegen! Ist es nun bei der Redaktion der „Zeitschrift“ „mangelnde Urteilskraft über Fragen unres. Gewerbes“ oder dreifache Fäulnis, wenn sie schlankweg eine gegenteilige Entwicklung behauptet? Zweifelslos ist ihr doch die sehr substantiierte Arbeit in der „Solidarität“ nicht unbekannt geblieben. Wenn sie trotzdem noch keinen Versuch unternommen hat, die Richtigkeit dieser Darstellung zu widerlegen, wird man sie wohl nicht bezweifeln brauchen.

Was die „Zeitschrift“ sonst noch über die ökonomische Lehre des Marxismus von sich gibt, ist für eine ernsthafte Diskussion leider nicht geeignet. Die marxistische Lehre ist kein Glaube, sondern eine Wissenschaft, deren geistige Schärfe auch von ihren sachkundigen Gegnern nie geleugnet worden ist. Wenn demgegenüber die „Zeitschrift“ sagt: „Wir glauben an die Automatik des Systems der Marktwirtschaft, ebenso wie wir auf die Selbstheilung der Natur vertrauen“, dann wird man angesichts des katastrophalen Zusammenbruchs dieser Automatik einen solchen starken Glauben vielleicht bewundern können; aber es wäre vergeblich, mit irgendwelchen Argumenten an diese fromme Einsicht heranzukommen zu wollen. Andernfalls würde man sich mit ihrem Träger vielleicht darüber unterhalten können, ob er wirklich gut daran täte, im Fall einer ernsthaften Erkrankung ausschließlich auf die natürliche Selbstheilung zu vertrauen.

Wer nicht mit dem gläubigen Herzen, sondern mit dem forschenden Verstand die wirtschaftlichen Erscheinungen der Gegenwart zu erfassen sucht, muß erkennen, daß das Versagen der Automatik des kapitalistischen Systems nicht mehr eine nur vorübergehende Störung, sondern eine irreparable Alterserscheinung ist. Die große wissenschaftliche Leistung von Karl Marx bestand darin, die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus aufgespürt zu haben, als dieser noch in der Blüte und Kraft seiner Jugend seine wirtschaftsgeschichtliche Zeit vor sich hatte. Er sah den Aufschwung voraus, aber auch die Zeit, da aus unabwendbarer innerer Strukturentwicklung heraus der Automatismus des Systems nicht mehr würde funktionieren können und die Menschen, wenn sie nicht dauernder Verelendung anheimfallen wollen, zwingen wird, es zu ändern.

Marx ist tot — aber seine Voraussetzungen erfüllen sich vor unsern Augen. Sie erfüllen sich trotz der politischen Episoden. Wieviel Gläubige an die Automatik des kapitalistischen Systems gibt es denn heute noch neben dem „Zeitschrift“-Schreiber? Mit einer lächerlichen Prosaologie hat sich zwar eine „antimarxistische“ Bewegung aufgetan. Aber die Massen, die ihr nachlaufen, will jemand behaupten, daß sie es aus purer Begeisterung für den Kapitalismus tun? Der Marxismus glaubt nicht an die Automatik des kapitalistischen Systems, er glaubt an den automatischen Zusammenbruch dieses Systems. Er vertraut nur darauf, daß die wachsende Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft den Menschen die Augen öffnen und, wie eine Naturgewalt zu dem Willensentschluß zwingen wird, um des Lebens willen die Wirtschaftsordnung zu ändern.

So gesehen ist der Marxismus heute lebendiger und gewalttätiger denn je. Er ist nicht nur in der westeuropäischen Bewegung, die sich jener bewußt ist, er bestärkt sich auch in den Schichten, die schon gelernt haben, den Kapitalismus zu verurteilen, aber den Sozialismus nur erst gleichmäßig empfinden, ohne sich schon der Möglichkeiten seiner Gestaltung klar bewußt zu sein. Jedoch die Zeit arbeitet in der Gegenwart schnell und sie arbeitet — ökonomisch wie in der Entwicklung der Erkenntnisse — unerbittlich am Untergang des Kapitalismus.

Fritz Larnow.

Das Buchgewerbe im Ausland

Schweiz. Im Jahr 1929 wurde in der Schweiz eine erhebliche Betriebszählung durchgeführt, deren Ergebnisse jetzt abgeschlossen vorliegen. Für uns sind die ermittelten Feststellungen insofern von Bedeutung, als daraus der Stand des graphischen Gewerbes und dessen Entwicklung ersichtlich ist. Es fällt vor allem auf, daß im graphischen Gewerbe der Schweiz die kleinen Betriebe außerordentlich stark vertreten sind, während der Großbetrieb zahlenmäßig nur schwach vorhanden ist. Insgesamt wurden 2165 Betriebe mit rund 21 700 beschäftigten Personen im graphischen Gewerbe der Schweiz festgestellt. Davon waren nur 22 Großbetriebe mit mehr als 100 Arbeitern, die zusammen 3616 Personen beschäftigten. Außerordentlich stark ist der Kleinbetrieb im Buch- und Zeitungsdruck vorhanden. Hier beschäftigen die meisten Betriebe nur sechs bis zehn Personen. Auch die Betriebe mit zwei bis vier Beschäftigten sind im Zeitungsdruck verhältnismäßig stark vertreten. Die Entwicklung des graphischen Gewerbes seit 1905 kommt darin zum Ausdruck, daß die Zahl der Betriebe um 732 und die Zahl der beschäftigten Personen um 8100 zugenommen hat. Auf den Buch- und Zeitungsdruck entfallen von der Gesamtzahl der Betriebe 1027 mit 15 200 Beschäftigten, auf die Schriftgießerei 64 Betriebe mit 730 Beschäftigten, auf die Lithographie 111 Betriebe mit 2000 Beschäftigten und auf die Photographie 953 Betriebe mit 2800 beschäftigten Personen. Seit 1905 stieg im Buch- und Zeitungsdruck die Zahl der Beschäftigten um 6800 oder 53 Proz.; in der Schriftgießerei ist eine Steigerung um 220 Proz. eingetreten. In der Lithographie ist die Betriebszahl um 50 Proz. gestiegen, während die beschäftigte Personenzahl um 4 Proz. gestiegen ist. Im Buch- und Zeitungsdruck waren 1929 rund 3700 weibliche Personen beschäftigt, gegen 1900 im Jahr 1905. Die Zahl der Lehrlinge betrug 1929 1350, gegen 904 im Jahr 1905. Der Anteil der Lehrlinge an der Gesamtbeschäftigtenzahl betrug

10,8 Proz. Rund 7 Proz. der Beschäftigten im graphischen Gewerbe sind Jugendlöhne.

Polen. Die Apokalypse der organisatorischen Zersplitterung im graphischen Gewerbe beginnen nunmehr einzuleben, daß ihre Tätigkeit nicht nur der graphischen Arbeiterchaft, sondern auch dem Gewerbe selbst ungeheuren Schaden zufügt. Nachdem der Vorsitzende der Prinzipalsorganisation für den Bezirk Posen, Pawlowitz, seine Studienreise durch England und Amerika beendet und dort gesehen hatte, daß tarifliche Vereinbarungen dem graphischen Gewerbe einen normalen und ruhigen Geschäfts- und Betriebsgang gewährleisten, ist er zu der Erkenntnis gekommen, daß neue Wege beschritten werden müssen. Als erste Frucht dieser Erkenntnis war die Bereitwilligkeit der Prinzipalsorganisation zur Regelung der Verhlingsfrage im Einvernehmen mit dem Verband der Buchdrucker, dann wurde eine die Löhne aller graphischen Arbeiter regelnde Lohnordnung abgeschlossen, die der gewissenlosen Ausbeutung der Arbeitstraft und der Schmutzkonturrenz einen Riegel vorschiebt. Herr Pawlowitz hat als Schutzpatron des gelben Polnischen Buchdruckerverbandes, der die Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern pflegen sollte, in Wirklichkeit aber nur die Aufgabe hatte, die Eingetragte innerhalb der Geschäftsfahrt unter allen Umständen zwecks leichterer Ausbeutung zu führen, sehr viel zur Desorganisation des Gewerbes beigetragen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß er endlich zu einer besseren Einsicht gekommen ist und aus den eindringlichen Argumenten einer traurigen Tatsache die folgerichtige Lehre gezogen hat. Wenn also der einflussreichste Professor der gelben Arbeitsgemeinschaft sich selbsthermaßen betreten ließ, durfte ihr eigentlicher Gründer, ein Direktor Kuglin, nicht hinterm Berge halten. Dieser richtete unterm 7. September 1932 an den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft folgenden Brief: „Da mir das Wohl der graphischen Arbeiterchaft am Herzen lag, regte ich vor einigen Jahren die Gründung der Arbeitsgemeinschaft, des jetzigen Polnischen Buchdruckerverbandes, an. Ich war überzeugt, daß der neue Verband dem Buchdruckerstand Ordnung und Ruhe bringt. Leider haben mich meine Hoffnungen größenteils getäuscht. Vor allem sehe ich, daß gewissenlose Arbeitgeber den Polnischen Verband gegen die im anderen Verband organisierten Arbeitnehmer ausnützen, weiter, daß beide Verbände durch unsolbathches Vorgehen sich selbst und dem Gewerbe schaden. Das alles berührt mich schmerzhaft. Als Gründer und Ehrenmitglied des Polnischen Verbandes schlage ich deshalb die Verschmelzung beider Geffissenorganisationen in einen Verband vor.“ Diesen Aufruf des Gründers der Arbeitsgemeinschaft konnten deren Mitglieder schlecht ignorieren. Seinem Rat folgten als erste die Warschauer Arbeitsgemeinschaftler. In einer Versammlung am 23. Oktober beschloß die „einheitliche“ ihren Ortsverband aufzulösen und dem freier Buchdruckerverband beizutreten. In dieser Erklärung fordern sie alle absehtigen Kollegen auf, unverzüglich das gleiche zu tun und einen einzigen Verband für das gesamte graphische Gewerbe zu schaffen. „Die jetzigen Zustände“, so schreiben sie u. a., „können nicht weiter bestehen. Kleinmut und Gleichgültigkeit herrschen allenthalben. Die Prinzipale beuten die schwierige Lage des Arbeiters dadurch aus, daß sie seinen Lohn nach und nach abbauen und immer tiefer unter das Minimum drücken. Die Nicht-einhaltung der Vereinbarungen und Verpflichtungen gilt den Prinzipalen als erste Devise. Die Emporkömmlinge und Ausbeuter unter ihnen wollen den Arbeiter zum Paria degradieren, indem sie „großherzig“ Wochenlöhne von 40 Zloty anbieten. Dann wollen sie ihm „gnädig gestatten“, beliebig lange zu arbeiten. Obendrein zahlen sie ihm den Lohn nicht regelmäßig aus, so daß er selbst nach seinem Abgang um seinen Lohn öfter vorstellig werden muß. Weil er aber hofft, daß es bald wieder „sogesh“ und er wieder eingestellt wird, ruft er nicht das Arbeitsgericht an, sondern begnügt sich mit Lohntraten, verdirbt auf die ihm zustehenden Ferien und auf die Vergütung für Überstunden. Und eine solche Prinzipalschhäre reißt sich vernünftig die Hände, unterbietet die Preise und läßt Tag und Nacht den Betrieb gehen ohne Rücksicht auf arbeitszeitliche Vorschriften. Angesichts alles dieses sind wir zur Überzeugung gekommen, daß nur eine Organisation aller Berufsangehörigen ohne Rücksicht auf irgendeine Weltanschauung dem Übel abhelfen kann. Wir stellen fest, daß die Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital eine ordinaire Fiktion ist, hinter der sich die krasseste Ausbeutungsucht versteckt.“ Damit geben die Arbeitsgemeinschaftler reumütig zu, daß sie auf den Leim der Prinzipale tröden. Leider sind sie zu dieser bitteren Erkenntnis erst gekommen, nachdem die gesamte graphische Arbeiterchaft empfindliche Verschlechterungen auf allen beruflichen Gebieten ohne wirksamen Abwehr hinnehmen mußte. Jetzt wissen die Arbeitsgemeinschaftler schärfe, aber treffende Worte gegen ihre ehemaligen Protektoren zu finden. — Am 1. November kündigten die Prinzipale die Lohnordnung für den Bezirk Lemberg. Mit dieser Maßnahme beschäftigten sie, Lohn und Arbeitszeit aufs neue zu verschlechtern. Da es voraussichtlich zu schweren Kämpfen kommen wird, kündigt der Lemberger Bezirksvorstand des Verbandes einen Generalparado für alle Kollegen an, die ausgeschlossen wurden oder aus irgendeinem Grund dem Verbande nicht beitreten konnten. Dadurch will der Bezirk eine einheitliche Kampffront schaffen, um desto wirksamer den Angriff der Unternehmer abzuwehren. — Am 1. Oktober wählte der Verband 1607 Arbeitslose (42 Proz. der Gesamtmitgliedschaft) und 769 Kurzarbeiter (20 Proz.). Den höchsten Arbeitslosenstand hatte der Bezirk Lemberg: 111 Proz., den niedrigsten der Bezirk Teschen: 26 Proz. —

Seit Mitte August herrscht in den Warschauer Tageszeitungen der tariflose Zustand. Nachdem es den Zeitungsverlegern gelungen ist, innerhalb eines Jahres die Löhne zweimal um je 10 Proz. abzubauen, verlangen sie nunmehr eine weitere Lohnkürzung von 20 Proz. Dieses unverhohlene Verlangen wurde natürlich vom Verband scharf abgelehnt. Trotzdem fand sich eine Streikbrechergruppe des Ingenieurs Moraczewski, eines ehemaligen Sozialistenführers und jetzigen Hähnpfings des nationalpolitischen Verbandes der Berufsverbände, bereit, auf den Zeitungsverlag sowie auf die Vergütung für Überstunden nach 21 Uhr zu verzichten. Diese Gruppe zählt zwar nur einige Mitglieder, kann aber trotzdem durch Unterhöhlung der Solidarität manchen Schaden anrichten. Die Prinzipale suchen nun den tariflosen Zustand dadurch auszunützen, daß sie mit jedem Geffissen einen Einzelvertrag abzuschließen trachten. Leider gelang es mehreren Unternehmern, das Angebot des Streikbrecherverbandes noch zu unterbieten und den widerstandsunfähigen Kollegen einen rigorosen Lohnabbau aufzuzwingen. Die Apokalypse hat leider schon unter der Warschauer Kollegenchaft einen beträchtlichen Umfang angenommen, daß die Unternehmer sich erfreuen dürfen, die ungeheuerlichsten Verschlechterungen an den Mann zu bringen. Nach einigen Wöden der Bestimmung kam aber doch eine allgemeine Empörung zum Durchbruch. Eine außerordentliche Versammlung der Zeitungs- und Maschinenleger am 30. Oktober kam deshalb zu dem bündigen Schluß, daß nur ein rücksichtsloser Streik am Plage sei, da bei den Prinzipalen selbst die besten Argumente verpuffen. Deshalb wurde der Vorstand beauftragt, den Streik zum günstigsten Zeitpunkt auszurufen. Mit dem Streikausbruch ist alsbald zu rechnen.

Ungarn. Das Jahr 1932, ein Krisenjahr, wie ein solches das ungarische Buchdruckerwe noch nicht erlebte, geht zur Rüste. Eine Träne wird ihm niemand nachweinen. Ob 1933, das kommende Jahr, endlich eine Änderung zum Besseren bringen werde, das ist die Frage, auf die derzeit leider noch niemand die schließlich erwartete Antwort zu erteilen vermag. Um der abnormalen Arbeitslosigkeit wenigstens einigermaßen zu steuern, wurde von der gewerkschaftlichen Internationale die Parole ausgegeben, die weitestgehende Propaganda für die Vereinigung der Arbeiter zu entfalten. Im Verfolg dieser Parole werden zur Zeit in allen Teilen des Landes Agitationsversammlungen im Interesse der Fünftagewoche abgehalten. Für das Buchdruckerwe ist das allerdings schon ein überholter Standpunkt, denn in diesem werden nur mehr sechs Stunden im Tag, also 36 Stunden die Woche, gearbeitet bei 25prozentiger Lohnkürzung. Und die Zahl der Arbeitslosen ist noch immer eine ganz außerordentliche. In Budapest und Umgebung waren 2294, in der Provinz 423 arbeitslos, zusammen 2717 Buchdruckerarbeiter; darunter 1033 Einlegerinnen, obwohl kein jeder Schnellpresse zwei Einlegerinnen beschäftigt sein müssen. In Arbeit standen zur gleichen Zeit in Privatbetrieben 4943, und zwar in Budapest und Umgebung 3120, in der Provinz 1223. Wie tröstlos es heute im Buchdruckerwe Ungarns ausliegt, kann vielleicht dadurch am besten vor Augen geführt werden, wenn den vorkriegsigen Ziffern jene gegenübergestellt werden, die aus der Arbeitslosigkeit stammen und sich auf Großgruppen bezogen. In Arbeit standen im Jahr 1914 in Privatbetrieben 9084 Buchdruckerarbeiter. Hiervon in Budapest und Umgebung 5558, in der Provinz 4306. Demgegenüber gab es insgesamt Arbeitslose 502, von welchen auf Budapest 439, auf die Provinz 153 entfielen. Die Geffissenorganisation steht trotz dieser mißlichen Lage für alle Fälle gewappnet da. Der Kongreß, der vor kurzem stattfand, hat hierfür einen unüberlegbaren Beweis erbracht. Es würden also die Prinzipale jedenfalls klug handeln, sich nicht allzu sanguinischen Hoffnungen hinzugeben und Berechnungen aufzustellen, die ohne den Wert gemacht würden. Im Lager der Prinzipale treten nämlich Vorkommnisse in Erscheinung, die dem wachsamem Auge der leitenden Personen im Geffissenlager nicht entgehen können. Anstatt die Hebel dort anzufassen, wo dadurch eine Besserung der Verhältnisse tatsächlich herbeigeführt werden könnte, beim unautonomen Wettbewerb, glaubt ein Teil der Unternehmer, ihre Lage durch eine Absenkung der Arbeitslöhne verbessern zu können. Diese Herren möchten also durch eine Verelendung der Arbeiter ihre Säcke füllen. Daraus kann freilich nichts werden. Wenn sie sich noch so sehr zum Ablauf der gegenwärtig in Kraft befindlichen Vereinbarung rüsten. Dieser Teil der Prinzipale würde es gern sehen, wenn es ihnen im Interesse ihrer dunklen Pläne gelingen würde, das Tarifschiedsgericht dem Wirkungsbereich des Prinzipalsvereins zu entziehen und der im Geffissenlagerten Gewerbestreikorporation hinhilberzuliefern. Dieser gehören auch jene Betriebe an, die außerhalb der Tarifgemeinschaft stehen, und solcherart pöblen diese Herren, die gern im tiefen Wasser möchten, Sulfurs erhalten. Sie gehen so weit, daß sie zur Erreichung ihres Zieles ein eignes Blatt herausgeben, so daß die Prinzipale derzeit nicht weniger als vier Lagen (eins davon die tariftreuen) zur Wahrung ihrer Interessen erscheinen lassen. Mit dem anständigen Teil der Prinzipalkraft geht die Leitung der Geffissenchaft Hand in Hand, wenn es sich um ein Gemeininteresse handelt, so z. B. hat die Geffissenorganisation mit dem Prinzipalsverein eine gemeinsame Eingabe an das Handelsministerium gerichtet, worin dagegen protestiert wird, daß die tariftreuen Prinzipale in unbesugter Weise eine Stellenvermittlung unterhalten, um „Arbeitswillige“ zu placieren. In der Aktion gegen die staats- und kommunalen Betriebe kann die Vertretung der Geffissenchaft freilich nur in dem Fall teilnehmen, wenn hierbei die Tariftreue in Frage kommt.

Belgien. Das Kesseltreiben der Prinzipale im graphischen Gewerbe für allgemeine Einführung der Kurzarbeit geht mit unerminderter Schärfe weiter. Der Tarif garantiert den Gehilfen den Wochenlohn für 48 Stunden Arbeitszeit; die Unternehmer möchten die Ermächtigung erzwängen, die Arbeitszeit auf wöchentlich 32 Stunden zu verkürzen, unter gleichzeitiger entsprechender Verminderung des Lohnes. Auf Gehilfenseite ist man der Meinung, daß der Tarif den Prinzipalen genügend Mittel in die Hand gibt, um ihre Betriebe zu entlasten; man ist überzeugt, daß die Prinzipale reichlich, oft überreichlich davon Gebrauch gemacht haben: die erschreckend hohe Zahl der Entlassenen liefert hierzu die beste Illustration. Die von den Prinzipalen erstrebte Außerkräftigung des Artikels 2 des Tarifvertrags läuft hinaus auf die vollständige Gabotage dieses Vertrags, die den allgemeinen Lohnabbau auf der ganzen Linie einleiten soll. Man will die Buchdruckergehilfen zu Gelegenheitsarbeitern machen; die auf ein Minimum reduzierten Belegschaften werden durch zünftichste Anspannung dazu angehalten, Leistungen herauszufinden, wie sie früher bei voller Belegschaft manchmal nicht höher waren. Man steht noch unter dem Eindruck der Maßnahmen der Wäflinger Prinzipale während der beiden letzten Jahre, wo man systematisch Rindigungen verhängte, um die Entlassenen nach einigen Wochen unter Abzug der Überminimumsbezahlung wieder einzustellen. Aus diesen Gründen sind die belgischen Kollegen nicht geneigt, sich das letzte Wollwetter ihres Tarifvertrags entreißen zu lassen. Vereinzelt Anschläge in Provinzialstädten sind an dem Widerstand der Gehilfen gescheitert.

Frankreich. Ein Aufruf in der „Imprimerie Française“ warnt davor, sich nach Paris zu begeben, um Arbeit im graphischen Gewerbe zu suchen. Die Sektion Paris zählt ungefähr 3800 Mitglieder. Davon waren arbeitslos: im Juli 176, im August 210, im September 246. Ende September zählte man 25 arbeitslose Linotypsetzer; die Zahl der beschäftigungslosen Monotypsetzer ist gering. Von der Wiedereröffnung von Kammer und Senat erwartet man eine fähbare Konjunkturbeliebung im Gewerbe. Während des verflohenen Jahres hat die Sektion Paris 112 300 Fr. für außerordentliche Unterstüßungen bei Arbeitslosigkeit aufgewandt. Zur Aufbringung dieser Fonds steuern die in Arbeit stehenden Mitglieder jede Woche 3 Fr. Extrarbeitag. Die progressive Verschärfung der Arbeitskrise wurde zum Teil dadurch bedingt, daß während der Sommermonate mehrere Tageszeitungen ihr Erscheinen zeitweilig einstellten, eine davon ist definitiv verschwunden. Andre große Blätter haben infolge Mangels an Anzeigen ihren Umfang bedeutend eingeschränkt. Der Vorsitzende der Sektion Paris, Kollege Argenteir, hat den Vorstandsvorsitz erlassen, angesichts der Krise beim Arbeitsministerium vorzuziehend zu werden; damit gewisse Pariser-Druckereien, die für die Herstellung von Tageszeitungen spezialisiert sind, gezwungen werden, das Gesetz betreffend den arbeitsfreien Tag in der Woche einzuführen. Man findet es unstatthaft, daß eine Anzahl Kollegen gezwungen werden, sieben Tage in der Woche zu arbeiten, während andre feiern müssen. — Die Direktion des Technischen Unterrichts überwies der Sektion Paris die Summe von 44 000 Fr. im Interesse ihrer technischen Fortbildungsurge. Ab 17. Oktober bis 31. Dezember vergütet die Verbandskasse den Sektionen 50 Proz. der Ausgaben für außerordentliche Hilfeleistungen an ausgeleerte Arbeitslose. — Der Vorstand der Sektion Toulouse hat den Vorstandsvorsitz darauf aufmerksam gemacht, daß man in dieser Stadt die Gründung einer Typographenschule plane. Der Vorstandsvorsitz hat darauf geantwortet, daß man sich mit allen Mitteln einer derartigen Neugründung widersetzen werde, die dazu angetan sei, neben den ordnungsgemäß in den Druckereien gehaltenen Lehrlingen einen weiteren Nachwuchs im Gewerbe heranzuzüchten, den letzteres unmöglich absorbieren könne. — Der Kongreß der vierten Regionalgruppe wurde dieses Jahr unter dem Vorsitz des Kollegen Dionson in Romagnon abgehalten. Es wurde u. a. eine Resolution angenommen, die besagt, daß unter allen Umständen darauf hingewirkt werden müsse, die Arbeitszeit an Maschinen mit hohen Leistungen herabzusetzen. — Am 17. November zählte man im Bezirk Cluses 20 178 ringer in 109 Arbeitslose, gegen 118 am 7. November. In dem vorigen Bericht verzeichnete Besserung hat also weitere Fortschritte gemacht. Die Arbeitslosen verteilen sich auf die einzelnen Sektionen wie folgt: Straßburg 64, Colmar 10, Mülhausen 15, Metz 20.

Spanien. Vom spanischen graphischen Verband wurde dem Internationalen Buchdruckersekretariat mitgeteilt, daß Spanien unter einer schweren Arbeitskrise zu leiden hat, so daß die Kollegen anderer Länder davor gewarnt werden müssen, sich nach Spanien zu begeben. Laut Angaben der Sektionen übersteigt die Zahl der Arbeitslosen 8 Proz., während in den Hauptdruckorten Madrid und Barcelona der Prozentfuß viel höher ist. Die Arbeitslosenstatistik im Verbandsorgan gibt nur ein unvollständiges Bild, da darin nur die unterstüßungsberechtigten Mitglieder, nämlich diejenigen mit vier und mehr Jahren Mitgliedschaft, enthalten sind. Die angegebenen Prozentfüße erscheinen sicherlich für gewisse Länder, die mit 30 und 40 Proz. Arbeitslose rechnen müssen, nicht übermäßig. Es ist aber zu bedenken, daß die Beitrags- und Unterstüßungseinrichtungen in Spanien noch nicht so ausgebaut sind wie im übrigen Europa und daß schon eine kleinere Belastung fast unerträglich wird.

Großbritannien. Das befrüchtete Anschwellen der Arbeitslosenziffer in der Londoner Sehergesellschaft während des Monats Oktober hat sich verwirklicht.

Trotz der parlamentarischen und Gerichtsstagungen mußte man sich mit 1599 Arbeitslosen abfinden. Am so mehr verwunderlich erscheint die Berufsberatung des Londoner Grasschaftsrats, der in einer Broschüre den Eltern verrät, daß „im Gegensatz zu andern Gewerben das Wetter keinen Einfluß auf das Druckgewerbe ausübt und dessen gelernter Buchdrucker selten ohne Arbeit ist“. Inwiefern hat der Londoner Grasschaftsrat von den wirklichen Zuständen in seinem eignen Gebiet noch viel zu lernen. — Genossenschaftlich organisierte Mitglieder der Londoner Sehergesellschaft wurden darauf aufmerksam gemacht, daß die Bildungsausgänge der Genossenschaftlichen Londoner Vororte ihre Drucksachen in der Provinz herstellen lassen. Es wird erwartet, daß dieses unterbleibt, um so mehr, als in London etliche Genossenschaftsdruckereien vorhanden sind, die ebensogut und billig arbeiten wie die Druckereien der Provinz. — 103 Jahre alt ist zur Zeit ein invalides Mitglied des schottischen Buchdruckerverbandes. Sein Sohn, der ebenfalls sich der Buchdruckerkunst geweiht hat, ist gleichfalls auf der Invalidenliste. Das älteste Mitglied der Londoner Sehergesellschaft kann auf 96 Jahre zurückblicken. — Die Absicht der Unternehmer, im englischen Druckgewerbe eine 15prozentige Lohnverminderung einzutreten zu lassen, ist bisher noch nicht verwirklicht worden. Konferenzen aller beteiligten Organisationen beraten noch immer. Die übrigen Vorschläge für Veränderungen der tariflichen Arbeitsbedingungen sind geringfügiger Natur im Vergleich zu dem verlangten Lohnabbau.

Amerika. Aber den Deutsch-Amerikanischen Kongreß, der vom 27. bis 30. Oktober in New York stattfand, sandte uns Kollege L. V. L. A. F. A. T. S., der als Delegierter der Deutsch-Amerikanischen Typographia (Zweigverein der International Typographical Union) an dem Kongreß teilnahm, dankenswerterweise einen Bericht, dem wir folgenes entnehmen: „Ungeheiß ist der Krieg die Ursache, daß wir seit langen Jahren eine Weltkrise haben, aber nirgends will man es eingestehen, daß es eine Weltrevolution für eine bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit ist, um die durch die Technik der Maschinen arbeitslos gewordenen Hände zu beschäftigen. Dem Krieg wird auch die Ursache zugeschrieben, daß man die Lere Amerikas vor Europas Einwanderern zumachte. Die deutschen Unternehmungen, Institutionen und alles, was mit der deutschen Sprache zusammenhängt, war im langsamen Niedergehen begriffen, und man kann sagen, daß der Kongreß vor Fortschritt zusammenberufen wurde, ehe alles verloren ging. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, berief die New Yorker Deutsch-Amerikanische Konferenz, eine Vereinigung, deren Vorsitzender Victor J. Ribber, der Herausgeber der Zeitungen „Staatszeitung“ und „Herold“ ist, den Kongreß zusammen, dessen Aufgabe es sein sollte, das, was noch vorhanden ist, zusammenzufügen, was verloren ging, wieder zurückzuführen. Der ganze Kongreß war von Anfang an, trotz mancher Meinungsverschiedenheiten, vom Geist der Zusammenarbeit getragen. Die Buchdrucker haben einwettes Interesse an der ganzen Bewegung, und ihre Delegierten glauben, trotz Zeitknappheit gute Arbeit verrichtet zu haben. Kollege Ignatz Roth (Philadelphia) hielt ein Referat über die deutschen Gewerkschaften in Amerika, sich strikt an das Gewerkschaftsprinzip haltend und Politik und Religion ausschaltend. Anschließend an sein Referat brachte er eine Resolution ein. Da wir zwei Kollegen die einzigen Arbeitervertreter auf dem Kongreß waren, entspann sich eine interessante Debatte, wobei es sich herausstellte, daß die Ursache des Fernbleibens anderer Arbeiterorganisationen darin lag, daß man diesen nicht in der erwarteten Weise entgegenkam. Da man dies einfiel, und da von nun an jedes Jahr ein Kongreß in einer andern Stadt zwecks Propaganda abgehalten werden soll, ist berechtigter Hoffnung vorhanden, daß man von nun an die Gewerkschaften in der ihnen gebührenden Weise berücksichtigen wird. Der wunde Punkt für uns Buchdrucker ist das Verhalten der deutschen Presse. Es wurden von uns Resolutionen eingereicht, wie man es besser machen könne, und wir hoffen, daß unsre Ratsschläge auf fruchtbaren Boden fallen werden. Ebenso traurig wie bemerkenswert ist es, daß man hierzulande die besten deutschen Filmstudios mit in Nichtverbandsdruckereien hergestellten Drucksachen durch schlechtes Deutsch so verunglimpft, daß es geradezu ein Skandal ist, zumal die hiesigen deutschen Verbandsdruckereien mit Stolz auf ihre guten Arbeiten hinweisen können. Da es zu viele Resolutionen gab, wurden diese einem New Yorker Komitee zwecks späterer Berichterstattung überwiehen. Im Rahmen eines kurzen Berichtes in einem Fachblatt kann leider nicht auf Einzelheiten des Kongresses eingegangen werden, aber von Fall zu Fall werden wir die Kollegen auch in Europa benachrichtigen. Um sich eine Vorstellung von den gewerblichen Verhältnissen machen zu können, sei erwähnt, daß wir hier in New York vor dem Krieg neben Wochen- und Monatsblättern sieben Tageszeitungen hatten, heute nur noch zwei (vor einigen Wochen ging auch die tägliche „Volksaktion“ ein). Jetzt haben wir 50 Proz. Arbeitslose, denen wir mit Abgabe von Tagen helfen. In Milwaukee, einer stadtbedeutenden Stadt, stellte die dortige Tageszeitung ebenfalls ihr Erscheinen ein, und so geht es fort, die Hiobsbotschaften finden kein Ende. Und dennoch eröffnet sich der deutschen Presse hier ein großes Feld, wenn nur das Interesse wachgerufen wird. Wie überall, so sind auch hier die allgemeinen Verhältnisse schlecht. Die Arbeiter, mit Ausnahme einiger Gewerkschaften, bekommen keine Unterstützung. Vom Ausgang der vor kurzem erfolgten Präsidentschaftswahl hoffen Millionen, daß es mit einem Wechsel in der Regierung besser wird, leider steht diese Hoffnung nur auf recht schwachen Füßen.“

Korrespondenzen

Berlin. (Schriftgießer.) Am 10. November tagte unsere Generalversammlung. Es wurde zunächst zweier vorbereitender Mitglieder in ehrender Weise gedacht. Eine eingehende Würdigung fanden die Verhältnisse bei Wagner und Berthold. Bei Wagner, wo am 1. Oktober mehrere Einstellungen erfolgten, wurde von der Notverordnung rigoros Gebrauch gemacht und von dem Lohn 11 Proz. einbehalten. Durch passives Resistenz der Kollegen erzielten sie die Rückzahlung des Abzugs, allerdings vorbehaltlich weiterer Schritte durch die Firma. Ein Vergleichstermin verlief ergebnislos. Der nächste Termin vor dem Arbeitsgericht (Graphische Kammer) endete für die Firma Wagner ungünstig. Da der Schiedsrichter nicht allgemeinverbindlich erklärt worden war, wurde die Firma als Nichtarbitrationskontrahent auf Einzeltage gegen ihre Belegschaft verwiesen. Durch Zusammenhalt der betreffenden Kollegen wurde jedoch jede Verschlechterung abgewehrt. In der Messingabteilung bei Berthold wurde der Stücklohnstarif in freier Vereinbarung bis zum 1. April 1933 vereinbart. Nachdem dem Einstellungen erfolgt waren, wurde hier zum erstenmal die Notverordnung in Anwendung gebracht und ein Abzug von 11,25 Proz. gefordert. Dieser Abzug wurde leider, wenn auch unter Protest, von den Kollegen der Messingabteilung angenommen. Die Schriftführer und Hausdrucker wurden vor demselben Schicksal betroffen. Als von der Gießerei eine fünfjährige Arbeitszeit gefordert wurde, drangen die Kollegen darauf, Einstellungen vorzunehmen. Am 2. November wurden dann vier Gießer, ein Zursüchter und drei Teilerinnen eingestellt, gleichzeitig auch die Anwendung der Notverordnung durch Anschlag verfügt. Es wurde auf Rücknahme des Anschlags gedrungen, was aber verweigert wurde. Daraufhin wurde am 4. November seitens der Gießereiabteilung rechts gekündigt. Am 10. November übermittelte die Firma folgenden Kompromißvorschlag: Die Gießerei arbeitet für November unter der Notverordnung, dafür fällt vom 29. November an für alle Abteilungen der Abzug fort. In der anschließend abgehaltenen Betriebsversammlung stimmte diese mit schweren Bedenken dem Kompromißvorschlag der Firma Berthold zu.

Braunschweig. (Stereotyp.) Unsere Versammlung am 13. November war nicht so besucht wie man es hätte erwarten dürfen. Nach einigen Mitteilungen des Vorsitzenden hielt Kollege F. B. R. n einen kleinen Vortrag über „Kunst und dein Metall“. Der Vortrag fand allgemeine Anerkennung. Der Vortragende verstand es, alle Kollegen zu interessieren, indem er auf alle Fragen und Anregungen aus dem Kollegenkreis einging. Auch der Artikel in „Metall und Kupfer“ — Metallpflege — wurde eingehend behandelt. In der Aussprache wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es denn noch einen Sinn habe, sich in der heutigen Zeit weiterzubilden. Man müsse erstlich diese Frage prüfen, da junge Menschen zum Teil vier Jahre lernen, um nachher, vielleicht auf Jahre, arbeitslos zu sein, und da ferner immer wieder Methoden ausgeklügelt würden, um die Lebenshaltung der Kollegen bzw. der Arbeiterklasse herabzusetzen. Angesichts solcher und ähnlicher Tatsachen gehöre doch wirklich sehr viel Idealismus dazu, wenn heute noch die Mitglieder des Verbandes respektive der Sparten ihr wenig Geld und ihre Zeit für ihre Weiterbildung verwenden und sich dafür noch lassen lassen müssen: „Mangelndes Verständnis“, aber wie in der vorletzten Nummer der „Zeitschrift“ anlässlich des 50. Geburtstages des Deutschen Buchdrucker-Bereins-Generaldirektors zu lesen ist: „Aber spannte Forderungen der Gehilfen“ usw. Es müßte doch offen gesagt werden, daß mindestens 75 Proz. der geleisteten Bildungsarbeit dem Prinzipal zugute kommen, während das geringste, selbst das taktische Recht schwer erkaufte werden müßte; es wäre wirklich an der Zeit, daß auch unsere berechtigten Forderungen bei unsren Unternehmern auf mehr Verständnis stießen. Verlangt man von uns Idealismus, so darf dem von der andern Seite nicht freier Egoismus entgegengekehrt werden, sonst treibt man die Kollegen eben dem Habitualismus in die Arme. Beim nächsten Tagesordnungspunkt teilte der Vorsitzende mit, daß zwei Kollegen ihren „Austritt“ aus der Sparte erklärten. Die Begründung, die beide zu ihrem Austritt gaben, zeigt, daß sie den Zug der Zeit nicht begriffen haben, sonst könnten sie sich nicht als Kollegen zweier Klassen bezeichnen. Um den erwerbslosen Kollegen die Teilnahme an einer Veranstaltung zu ermöglichen, sollten diese einen Zuschuß aus der Kasse erhalten. Diesen Zuschuß wollten die beiden noch vollbeschäftigten Kollegen auch haben und zogen nun die traurige Schlussfolgerung daraus. Jedes weitere Wort darüber wäre Verwendungslos. Ferner wurde angefragt, ob es zuträfe, daß in einer hiesigen Tageszeitung ein Volontär beschäftigt sei, der zwar gelernter Stereotypist, aber 12 Jahre bei der Reichswehr gedient habe und sich nun wieder seinem Beruf zuwenden wolle und dort ausgebildet würde. Diese Frage wurde mit ja beantwortet. Die erwerbslosen Kollegen waren sehr unangehalten darüber und waren der Meinung, die maßgebenden Instanzen müßten sich unbedingt einmal mit dieser Angelegenheit befassen, denn wenn der ehemalige Kollege 12 Jahre gedient habe, dann müßte das Reich auch dafür sorgen, daß er angestellt werde, nicht aber solle der Staat dazu beitragen, daß den erwerbslosen Kollegen die Arbeitsgelegenheit noch mehr geschnitten würde.

Essen. Außerst zahlreich waren die Kollegen der Einleitung des Bezirksverbandes zur Versammlung am 13. November gefolgt, um den Tätigkeitsbericht über das dritte Vierteljahr entgegenzunehmen. Gleichzeitig gab der Bildungsverband durch Ausstellung des Feldmilitär-Betriebsbewerbs und Ausstellen von Arbeiten des Erwerbslosenkurses Essen den Besuchern Gelegenheit, ein reichhaltiges Entwurfmaterial zu besichtigen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Böhning erhend des Ablebens der Kollegen Windisch, Israel, Mikow und des früheren Gauvorstehers Bertram. Nach Bekanntgabe einiger Rundschreiben des Gauverbandes zum Geschäftsbericht übergehend, besahe sich der Vorsitzende eingangs seiner Ausführungen mit den Düsseldorf-Vorgängen. Der von Essen eingegangene absehnende Standpunkt in der Beteiligung einer von Düsseldorf aufgezogenen Konferenz ist durch die Ereignisse vollkommen gerechtfertigt. Die dort seit Anfang des Jahres eingetretenen Verhältnisse kann sich keine Organisation, die auf Selbsthaltung

hält, bieten lassen. Die schon im April auf der Bezirksvorsteherkonferenz erfolgte Aussprache mit dem Bezirksvorsitzenden Kürz habe leider keine Absicht von der die Organisation schädigenden Einstellung in der Geschäftsführung gebracht. Durch Einberufen wider Konferenzen, die auch abgehalten wurden, Delegation zum Antifaschistischen Kongress wollte man dem Kampf gegen Lohnabbau, den angeblich die Gewerkschaften nicht führen wollen, von unten heraus den Antrieb geben und zur Auslösung auf breiter Grundlage bringen. Die zum 4. Oktober einberufene Betriebsdelegiertenkonferenz fand infolge des im Industrieverlag ausgebrochenen Streits nicht mehr statt. Sein Verlauf ist ein lehrreiches Beispiel dafür, wie Kämpfe nicht geführt werden sollen. Sei auch die Erregung der Hilfsarbeiter über den gestillten Schiedspruch, der eine weitere Senkung des Lohnes vorsah, begreiflich und die von den Buchdruckern geliebte Solidarität verständlich, so hätten aber doch bei der Beurteilung der zu ergreifenden Maßnahmen die tarifrechtlichen Bindungen in Betracht gezogen werden müssen. Wie schon so oft, so auch hier, als die Karte festgeschrieben, mußten die Organisationen in Verhandlungen versuchen zu retten, was noch zu retten war. Leider sei der Abschluß nicht ermutigend. Dieser Streik hat für den Bezirk Eisen Auswirkungen gehabt. Früher in Gelsenkirchen und nun im Industrieverlag hergestellte Druckerarbeiten sollten hier hergestellt werden. Anänglich als Streikarbeit bewertet, wurde eine nachgehende Genehmigung für Herstellung der Arbeit vom Bezirks- wie vom Gauvorstand nicht erteilt. Infolge des inzwischen erfolgten Spruchs des Tarifschiedsgerichts konnte dieser Standpunkt jedoch nicht mehr aufrecht erhalten werden. Dieses hat nun in Gelsenkirchen zu unliebsamen Zwischenfällen geführt und Kollegen Strafe veranlaßt, seinen Posten als Ortsvereinsvorsitzender niederzuliegen. Aus diesem Anlaß wie in Düsseldorf kam es am 6. Oktober in Eisen bei der Firma Girabot zu einer Arbeitsniederlegung der Hilfsarbeiter. Mit dem Lohnabbau nicht einverstanden, wurde in einer Verhandlung die Befestigung des alten Lohnes gefordert. Da eine Verständigung nicht zu erzielen war, verließ das Hilfsarbeiterpersonal den Betrieb. In der vom Bezirksvorsitzenden beantragten Verhandlung mit dem Geschäftsvorleiter (Kollegen Böhmung) wurde verlangt, daß die Buchdrucker mit Ersatzkräften aus anderen Betriebsabteilungen arbeiten sollten, wozu die Aufforderung durch den Geschäftsvorleiter erfolgen sollte. Dieses wurde abgelehnt und der Vorschlag unterbreitet, von dem Lohnabbau abzulehnen. Die Firma bestand auf Durchführung des Schiedspruchs und erklärte als letztes sich bereit, den ihr gemachten Vorschlag, für die laufende Woche den bisherigen Lohn zu bezahlen und bei vollständiger Arbeitsaufnahme die Streikfunden nicht in Abzug zu bringen. Der Einsicht der Mehrheit der Hilfsarbeiterbelegschaft ist es zu danken, daß es nicht zu einem größeren Konflikt gekommen ist. Auch bei dieser Aktion waren außerbetriebliche Einflüsse zu spüren. Die Opposition gefiel sich darin, in der Presse wie auch in der Ortsvereinsversammlung über Niederrückmeldung des Streits durch den Bönner Böhmung zu falschen und unwahren Aussagen über dessen Verhalten in dieser Sache zu reportieren. Abgesehen vom Bericht über die allgemeine Lage wurde vom Vorsitzenden konstatiert, daß der Bezirk 347, gleich 3 Proz. Arbeitslose zu verzeichnen hat. Eine Firma am Ort, die durch Einstellung von zwei Arbeitern ihren Personalstand um 100 Proz. vermehrt hat, glaubte dadurch, gemäß der Notverordnung eine Lohnkürzung in Anwendung bringen zu können. Zum Rasenbericht kann bemerkt werden, daß er sich in allen Zweigen in Einnahme und Ausgabe eben gehalten hat. Zu beklagen ist die steigende Restantenliste. Es müssen in allen Ortsvereinen durchgreifende Maßnahmen erfolgen. Wer in dieser Zeit versagt, ist kein Mitglied. Nur allgemeiner fester Wille kann die Dinge meistern und die Organisation mit allen ihren Einrichtungen erhalten. Jeder helfe mit, daß unser Verband die Schutzorganisation seiner Mitglieder ist und bleibt! Mit diesem Appell beendete Kollege Böhmung seinen Bericht. In der ausgedehnten, zeitweilig stürmisch verlaufenen Aussprache verbreiteten sich die Kollegen Malet und Mahrt aus Düsseldorf über die dortigen Vorgänge. Von anderer Seite wurde in Einheitsfront gemacht, von Bönner, die befristet werden müssen, geredet, die Errichtung von Aktionsausschüssen gefordert, die SPD. und der ADGB. als Vertreter der Arbeiterschaft in Grund und Boden verdammt und Kampf und nochmals Kampf propagiert. Letzteres ausgeredet von denen, die niemals in die Lage versetzt werden, Kampf aus diesen Gründen führen zu müssen. Es ist ja billig und entspricht es auch der „Einie“, mit großen Worten der andern den Kampf zu predigen; für die eigene Person ist ja kein Risiko zu befürchten. Der Kundige führt die Redensarten, denn um weiteres handelt es sich nicht, auf ihren wahren Wert zurück. Zu bedauern ist, daß in den jungen Verbandsmitgliedern durch diese hemmungslose, zersetzende Betätigung der Glaube an die Organisation erschüttert wird und die Versammlungen alles andere abgeben, als das, was sie sein sollen, nämlich die Plattform einer geschlossenen, von gegenseitigen Vertrauen getragenen, gewerkschaftlich verbundenen Arbeiterschaft. Kollege Böhmung, in und mehrere andere Kollegen gestellten dann auch das widerprüchsvolle Verhalten der Opposition und wiesen an Hand von Beispielen nach, in welchem Maß die KPD. und SPD. mit den Interessen der Arbeiterschaft schindlicher getrieben hat. Die wirtschaftlichen Belange spielen bei Aktionen eine untergeordnete Rolle; bestimmend sind immer die politischen Hintergründe. Der in die Debatte geworfene Berliner Verkehrsstreik sei ein klassisches Beispiel dafür. Für die Wahl hat er die erhoffte Wirkung gehabt. Der SPD. und den Gewerkschaften hatte man eins ausgewischt und der Erfolg spiegelte sich in den Wahlsiffern der NSDAP. und der KPD. wider. In der unnatürlichen Verdrängung zwischen KPD. und NSDAP. mußte die Bewegung scheitern. Die heute Arm in Arm gegen die Gewerkschaften handeln, sagen sich am Tage nach der Wahl in den Saaren; der eine nannte den anderen Verräter — so endete die geliebte Einheitsfront. Wenn Prämien für verlorenen Aktionen gezahlt werden, dürfen Berlin wie auch Düsseldorf diese beanpruchen. Die zum Schluß vorgenommene Abstimmung über eine Resolution, die gegen den Ausschluß der Kollegen Kürz und Malet protestierte und dem Gauvorstand diesbezüglich das Mitwirken auspricht, ergab eine schwache Mehrheit für Ablehnung. Dieses Resultat hätte

anders sein können und müssen, wenn nicht die Opposition wie immer planmäßig und systematisch die Versammlungen leerredete. Ein großer Teil der Versammlungsbesucher verließ angeekelt und verzögert das Lokal und die zersetzenden Elemente innerhalb unseres Verbandes beherrschten das Feld. Wann wird die Eignere Kollegenhaft sich endlich auf ihre Pflicht besinnen und hierin eine Wendung zum Besseren eintreten lassen?

-d- **Chlingen a. R.** Nach längerer Pause hielt unser Ortsverein am 14. November wieder eine gut besuchte Versammlung ab. Bei der Begrüßung konnte Vorsitzender Gutkunt insbesondere unsern früheren Ortsvereinsvorsitzenden, Kollegen Lieber, in unser Mitte willkommen heißen. Die Arbeitslosenzahl am Ort beträgt 13, von denen einige als Ausschlüsse wieder Kondition erhielten. Kollege Lieber (Stuttgart) hielt ein Referat über „Der Kampf der Gewerkschaften in der Krisenzeit“. Er führte u. a. aus: Die gegenwärtige Lage bedinge Gemeinschaftsarbeit, und es müßte alles daran gesetzt werden, um unreife Feinde zu beseitigen. Die Notverordnungspolitik und bilateralen Maßnahmen der Regierung haben beseitigt die Arbeit vieler Jahre staatspolitischen Aufbaus. Wirtschaftspolitische Aufbau könne nur durch friedliche Zusammenarbeit und Verständigung der ganzen Welt erreicht werden. Den Nationalsozialismus rüde der Keddner in das rechte Licht. Es müßte alles Persönliche und Kleinsichliche zurückgestellt werden, um den Faschismus niederzurufen. Der Entscheidungsschmerz geht heute um die Freiheit der Massen. Die KPD. solle ihre Pflichtenpolitik beiseite lassen und etwas für die gesamte Arbeiterschaft tun. Das Referat wurde beifällig aufgenommen. In der Aussprache kamen wieder die verschiedenen Ansichten zu Wort, wobei besonders festgehalten werden muß, daß sich der SPD.-Keddner beifällig, seiner Ansicht in laudlichen Worten Ausdruck zu geben. Warum nicht immer so? Unter anderen Angelegenheiten wurde befohlen, auch den Bezugsberechtigten über die Winterzeit ein kleines Blattchen zu verteilen. Mit dem Dank an die Kollegen für ihr zahlreiches Erscheinen fand die harmonisch verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Hamburg. (Maschinenleger.) In unserer Versammlung am 13. November wurden nach Aufnahme eines Mitteilendes zunächst einige interne Angelegenheiten erledigt. In seinem Situationsbericht gab Vorsitzender Ratho bekannt, daß der Lohnabbau immer noch nicht sein Ende erreicht habe und einige Firmen am Ort die Abterminumbezahlung weiter zu reduzieren beabsichtigen. Soweit aus der von uns aufgenommenen Statistik hervorgehe, sind fast überall die Leistungszulagen abgebaut worden. Auf Grund der Notverordnung seien am Ort bisher zwei Einstellungen erfolgt. Nach dem Bericht des Vorsitzenden referierte Johann Herr Dr. Schwarz, Arbeitsrichter am hiesigen Arbeitsgericht, über „Wichtige Tagesfragen des Arbeitsrechts“. Ausgehend von den Aufgaben des Betriebsrats, behandelte der Vortragende in diesem Zusammenhang auch die Rechtslage bei Klagen gegen den Betriebsrat. Es sei äußerst schwierig, Beweise für eine Pflichtverletzung der Betriebsvertretung zu erbringen. Klagen gegen den Betriebsrat, soweit sie mit einer eventuellen Entschädigung verbunden sind, können nur gegen die einzelnen Mitglieder gerichtet werden. Nachdem der Referent auf die „Jahreshilf der Freien bei-“ und „Inanspruchnahmen gegen Entlassungen hingewiesen hatte, ging er näher auf die Klagerhebung bei stiller Entlassung ein. In Hand von Reichsarbeitsgerichtsurteilen gab er verschiedene Hinweise bei Durchführung derartiger Klagen. Zum Schluß wurde dann noch die Notverordnung zur „Beseitigung der Wirtschaft“ einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Aussprache an, die dem Vortragenden Gelegenheit zu weiterer Auffklärung gab. Der Rasenbericht das dritte Vierteljahr wurde einstimmig gutgeheißen. Das „Technische“ bildete wie immer den Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Tr. Rön. (Maschinenleger.) Vorsitzender Stetzmann eröffnete die am 13. November hier abgehaltene dritte Gauvereinsversammlung mit Worten des Willkommens und stellte einen äußerst starken Besuch fest. Der Gesangsverein „Gutenberg“, der in voller Stärke antrat, sang drei mit großem Beifall aufgenommene Lieder zur Begrüßung. Kollege Fette vom Gauvorstand, Kollege Janen vom Bezirksvorstand des Verbandes und Kollege Bennd vom Ortsvorstand der Maschinenleger begrüßten die Versammlung und wünschten guten Verlauf; in gleichem Sinne schloßen sich ihnen die Vertreter der einzelnen Sparten an. Der Vorsitzende dankte allen, gab die Tagesordnung bekannt und ehrte das Ableben der Kollegen Peter Palm (Dortmund), Fritz Graaf (Aresfeld) und Robert Meerwald (Duisburg); auch unsern nach langer Krankheit verstorbenen früheren Gauvorsteher Joseph Bertram widmete er Worte ehrenden Gedenkens. Aufgenommen wurden sechs, wiederaufgenommen ein Kollege. Der Rasenbericht vom zweiten Vierteljahr lag gedruckt vor; den Bericht vom dritten Vierteljahr, der eine Einnahme von 1188,55 M., eine Ausgabe von 768,05 M. und einen Kasienstand von 1979,89 M. aufwies, gab Kassierer Richter mündlich. Seine Entlastung erfolgte einstimmig. Dann gab der Vorsitzende einen Situationsbericht, in dem er über die Auswirkungen der Regierungsverordnungen, die Wirtschaftsunterbrechung (Lohnabbau, Kapitalgehalt an die Unternehmer, Streikverbot), Verschlechterung der Sozialversicherungen und über Verschlechterungsabsichten der Tarifbestimmungen seitens der Unternehmer sprach, die einen noch festeren Zusammenhalt der Kollegenhaft notwendig machen. Die überaus lebhafteste Aussprache zeitigte die Gutheißung einer Gauvorstandsresolution, die sich in der Hauptsache mit der Anlage A und den Sonderbestimmungen des Mantelartikels befaßt; ferner die einstimmige Annahme einer Entschädigung gegen die „Konzentration“ für die SPD.-Betriebe. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde der Vorstand beauftragt, wegen der unfairen Klame die der betreffenden Schmachtsamenfabrik vorzulegen zu werden. Bestimmungsgemäß ist der nächste Tagungsort Elberfeld. Mit einem Hoch auf Verband und Sparte fand die Versammlung ihren Ausklang.

Beipzig. (Handarbeiter.) Der gute Verlauf des im März abgehaltenen technischen Diskussionsabends gemeinsam mit den Maschinenlegerkollegen war Veranlassung, einen solchen am 17. November mit den Druckerkollegen abzuhalten. Auch hier zeigte es sich, daß derartige

Abende zu einem kollegialeren Zusammenarbeiten in den Betrieben wesentlich beitragen. Wird doch gerade in der heute so schweren Zeit versucht, den Kollegen in den Betrieben mit allen nur erdenklichen Mitteln und schätzbaren Mitteln die „Hebung der Wirtschaft“ beizubringen. Die Kollegen Gruner (Drucker) und Pella (Handarbeiter) hatten in ihren einleitenden Ausführungen die Belange ihrer Spartenkollegen zum Vortrag gebracht und Wege gewiesen, wie auch unter dem heutigen Arbeitstempo ein zeitungsloses Zusammenarbeiten möglich ist. Wenn nach § 2 des Mantelartikels jeder Geschäftliche arbeitsfähige und regelrechte Arbeiter halten soll und der § 15 der Sonderbestimmungen für Drucker außerdem noch eine präzisere Bestimmung über die Tätigkeit des Druckers an der Maschine enthält — dann können diese Bestimmungen nur eingehalten werden, wenn für eine ordnungsmäßig auszuführende Arbeit die auch hierzu notwendige Zeit vorhanden ist. Etwaige Differenzen zwischen Handarbeiter und Drucker sind daher in erster Linie in dem heute üblichen Antriebsystem zu suchen. Die verantwortungsvolle und verdienstbringende Tätigkeit der Drucker haben die Handarbeiter jederzeit anerkannt. In zweiter Linie sind etwaige Differenzen mit der heutigen Legierung in Verbindung zu bringen. Die Umgestaltung der Handarbeit zur Maschinenarbeit wirkt sich auch auf die Tätigkeit des Druckers aus. Er hat z. B. beim Druck einer komplizierten Maschinenform, wie Tabellen, Katalog, Mathematisch und auch illustrierten Werks, mit bedeutend größeren Schwierigkeiten zu rechnen als früher bei einer derartigen Handarbeit. Wenn die Maschinenleger auch befreit sind, brauchbaren Satz zu liefern, so kann Maschinenleger bei besonderen Druckerarbeiten nicht immer den Handarbeiter ersetzen. Eine Zusammenarbeit des Druckers mit dem Handarbeiter ist notwendig beim Formatmachen, Kitzelarbeiten, Farbenmischen. Einezeitraube Revision, die beiden Kollegen Arger und Verdruss bereitet, kann z. B. vermieden werden, wenn vor dem Einheben in die Maschine die Form auf der Schließplatte vom Drucker und Handarbeiter nachgesehen wird. Viele und verschiedene andere Beispiele aus der Praxis wurden von den beiden Referenten eingehend behandelt. Die anregende und lebhafteste Debatte, von den verschiedenen Keddner beider Sparten und dem Vertreter der Maschinenleger in sachlicher Weise geführt, war ein Beweis dafür, daß durch einen gegenseitigen Meinungsaustausch im kollegialen Sinn ein Zusammenarbeiten heute doch noch möglich ist — trotz Antriebsystem und Legierung.

Beipzig. (Korrektoren. — Vierteljahrsbericht.) Nach kurzer Sommerpause, die durch Beschäftigungen sowie einen Familienausflug ausgefüllt war, begann die Winterarbeit mit der Septemberversammlung, in der Dr. Roberg von der Deutschen Bücherlei einen Vortrag über „Goethe und seine Bedeutung für das Druckgewerbe“ hielt. In fesselnder Rede wie auch interessante Bilder über Goethe und seine Einstellung zu den Verlegern sowie über die damaligen Verlagsverhältnisse im allgemeinen. Seine Ausführungen fanden bei der gut besuchten Versammlung starken Beifall. Mit dieser Versammlung war gleichzeitig die Feier unseres 28. Gründungsfestes verbunden, da in Anbetracht der wirtschaftlichen Not von einer besonderen Betankelung abgesehen werden mußte. Ernst und feierliche Vorträge aus dem Kreis der Mitglieder trugen viel zur Unterhaltung bei, so daß die wenigen Stunden in fröhlicher Stimmung rasch verfloßen. — In der Oktoberversammlung besprach Kollege Seehase die Arbeiten des Preis-Richtigschreibens, das der Verein im Mai veranstaltet hatte. Er behandelte die gemachten Fehler nach Gruppen: Groß- und Kleinschreibung, Getrennt- und Zusammenschreibung, sonstige Rechtschreibfehler, Interpretation usw. Infolge der Schwierigkeit des vom Rechtschreibauschuß zusammengestellten Diktatstoffes waren bei einzelnen Arbeiten verhältnismäßig viel Fehler zu verzeichnen. Er zog daraus die Folgerung, daß eine Vereinfachung unzer Rechtschreibung dringend notwendig sei und in verstärktem Maß gefordert werden müsse. — In der Novemberversammlung stand neben den üblichen Vereinskommunikationen als Vortrag „Die Arbeit des Korrektors“ auf der Tagesordnung. In Form eines Fragegesprächs wurden alle Fragen, die in der Praxis an den Korrektor herantraten, vom Kollegen Rautenkamp in verständlicher und aufklärender Weise beantwortet. In einer regen Aussprache wurden seine Ausführungen durch verschiedene Anregungen und Erfahrungen von einigen Kollegen noch ergänzt. Unter „Verschiedenes“ wurde auf eine Rundschau des „Korr.“ vom 5. November hingewiesen, die unter Bezugnahme auf die vorhergehende Versammlung allgemein verurteilt wurde. Nach einer lebhaften Aussprache wurde folgende Entschädigung einstimmig angenommen: „Die am 11. November 1932 im Vereinsauschuß verhandelten Korrektoren sind erkannt über die einseitige Stellungnahme des „Korr.“ zur Rechtschreibreform. Die Kollegen fordern die Zentralkommission auf, an maßgebender Stelle dafür einzutreten, daß die Rebatation den Ruf zur Vereinfachung der Rechtschreibung unterstützt und in Artikeln diese soziale Förderung eines großen Teiles der Kollegenhaft entsprechend würdigt.“ (Anmerkung der Schriftleitung: Die vorstehende Entschädigung gründet sich auf unsere sachliche Notiz in Nr. 89. Keine Änderung in der deutschen Rechtschreibung.“ Es handelte sich dabei um eine allgemeinere Mitteilung über die Stellungnahme der deutschen Reichsregierung, der österreichischen Regierung und des schweizerischen Bundesrats zu einer Reform der Rechtschreibung im Sinne der von einer Minderheit geforderten Kleinschreibung. Wenn von den Leipziger Korrektorenkollegen in jener Notiz eine einseitige Stellungnahme des „Korr.“ zu einer Rechtschreibreform erklärt wird, so heißt das nichts anderes als das Rind mit dem Bad ausschütten. Wir stehen einer notwendigen Rechtschreibreform, sofern sie entwicklungsgemäß fortgeschritten, selbstverständlich keineswegs abweisend gegenüber. In einer überstürzten Einführung der Kleinschreibung vermögen wir allerdings den Kernpunkt einer solchen Reform vorläufig nicht zu erkennen. In Bezug hierauf würde auch das in der Leipziger Entschädigung verlangte Diktum von „maßgebender Stelle“ verdammt wenig ändern können.)

Mannheim. In unserer Bezirksversammlung am 12. November wurde dem verstorbenen Kollegen Joseph Bertram (Rön) ein ehrender Nachruf gewidmet. Unter „Geschäftlichen Mitteilungen“ brachte Vorsitzender Schramm zur Kenntnis, daß die aufgenommenen

Statistik 202 arbeitslose Kollegen verzeichnet, von denen 110 im Alter bis zu 25 Jahren stehen. In einigen größeren Druckereien wurde ein teilweiser Abbau der Leistungszulagen vorgenommen. Wenn dieser Abbau nicht größere Formen annimmt, so ist das dem guten Zusammenhalt der Kollegen zuzuschreiben. Mit regem Interesse verfolgte hieran die sehr gut besuchte Versammlung des Referat des Hauptlehrers Böbele über „Materialistische oder idealistische Gesichtsauffassung“. In verständlicher Weise erläuterte der Referent, daß unsere Geschichte eine fortgesetzte Kette von Klassenkämpfen sei, daß alle Bewegungen, selbst die Kreuzzüge des frühen Mittelalters, dem ökonomischen Gründen entspringen. Der materialistischen Umformung wird auch die geistige, die kulturelle, auf dem Fuße folgen. Wirtschaftlicher Unterbau bedingt kulturellen Oberbau. Die Schulen, die bisher nur bürgerliche Denkungsart pflanzten, sollen dem ganzen Volk dienen, aus dem heraus die geistigen Kräfte geformt werden für eine neue, bessere Gesellschaftsform. Sittliche Aufgabe ist es, gemeinsam Sand in Hand zu gehen, keine Splitter und keinen Fatalismus aufkommen zu lassen. In unsern Händen und Hirnen liegt das Geschick der Menschheit. In der Diskussion ergab sich kein Widerspruch gegen die Ausführungen des Referenten. Nur wurde ausgeführt, daß wir den Klassenkampf auf eine andre Basis stellen müßten, ein Faktieren in den bürgerlichen Parteien bedeute Mitarbeit an der Restaurierung der kapitalistischen Gesellschaft. Einem Erwerbslosenantrag, der an die Solidariät der Kollegen appelliert, durch freiwillige Verkürzung der Arbeitszeit Arbeitsplätze in erster Linie für langjährig Erwerbslos freizumachen, soll Rechnung getragen und dahingehende Fühlung mit den Prinzipalen genommen werden. Über das Fikt und Wiber des Antrags wurde eingehend diskutiert und verschiedene Vorschläge wurden gemacht, der Antrag selbst fand bei allen Kollegen Verständnis.

Bonn. Am 13. November hielt unser Bezirk hier seine Bezirksversammlung ab, die von den auswärtsigen Kollegen sehr gut besucht war. Vorsitzender Böbele begründete nach kurzer Begrüßung den Ausfall der heutigen Frühjahrsversammlung mit Sparmaßnahmen. Die Berichte aus den kleineren Orten verzeichneten leider überall Kurzarbeit, Aussetzen und Arbeitslosigkeit. Nach einigen geschäftlichen Angelegenheiten referierte der Vorsitzende des Ortsausschusses, Kollege Hausmann, über die Notverordnungen in der Sozialversicherung. Aus seiner Praxis im Gewerkschaftsreferat, als Vorstandsmittglied in der Krankenkasse und im Arbeitsamt usw. konnte er erschöpfende Beispiele über die Verschlechterungen durch die Notverordnungen geben, die die Papenische Baronsregierung uns auferlegt. Auch die Tätigkeit unserer Funktionäre am Arbeitsgericht und im Stadtrat konnte den Zuhörern zeigen, was zielbewusste Gewerkschaftstätigkeit für die Organisationen bedeutet und was erst geleistet und verhindert hätte werden können, wenn die Arbeiterkraft einig wäre. Lebhafter Beifall dankte dem Redner, und die folgende Ansprache brachte manches Interessante und Zustimmunges zur Sache selbst. Nach gemeinsamem Mittagstisch verdrachten die Kollegen noch einige Stunden im gemühtlichen Vereinslokal. Referenten waren: die Orts-Vorstellung, Oberhofen, Hausmann, Harkredten und Hilschoten. Dieser Bezirksversammlung ging kurz vorher eine außerordentliche Versammlung voraus, in der Kollege Ebert (München) über „Der Wehrtzampf der Gewerkschaften“ sprach und die unsere Kollegen wirklich gute Auffassung brachte, was der rege Beifall und die Ansprache bewies. In gleicher Versammlung wurde Kollege Friedrich aus seinem 25jährigen Verbandssubstitutum beglückwünscht und als neuer Reiseleiterwarter Franz Gumbüller gewählt, nachdem schon längere Zeit der Vorsitzende diesen und auch den Kassiererepsten hatte mitverwalter müssen.

Birna. An der am 16. November (Vijstag) hier abgehaltenen Bezirksversammlung nahmen teil von Birna 33, Sebnitz 16, Neustadt 11, Schandau 5, Königstein 2 sowie 4 durchreisende Kollegen. Dohna war nicht vertreten. Der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Friedemann (Birna) folgten ehrende Worte anslässlich der 25jährigen Verbandsgedenkfeier des Kollegen Hausmann (Birna). Hierauf verbreitete sich Gavourseher Sachmann (Dresden) in zweistündigen, äußerst interessanten und gut informierenden Ausführungen über das Thema: „Gewerkschaften, Politik und Wirtschaft“. Die Vortragszeit freiziehend, unternahm er mit uns eine Wanderung über die Höhen und Tiefen der Nachkriegszeit bis in die Niederungen der heutigen Notzeit. Er stellte die rege Tätigkeit der Gewerkschaften unter Beweis, wies die gebankelnden Verleumdungen gegen die Gewerkschaften und ihre Führer zurück, gestellte die allzu große Bergeshöhe und Reichhaltigkeit der Arbeiterkraft und hob die finanzielle Hilfe der Gewerkschaften von 24 Mill. M. in den letzten zwei Jahren für die Opfer der Krise hervor. Diese Solidarität rief sogar die Bewunderung des Auslandes hervor. Das taten wir. Was taten die großen Kritiker? Als Kollege Sachmann am Schluss seines Referats aufrief zu Einigkeit, Geschlossenheit und Vertrauen, befandete die aufmerksam folgende Kollegenschaft ihr inneres Einverständnis durch impulsive Beifall. Melbungen zur Ansprache lagen nicht vor. Die Berichte aus den Mitgliedschaften verrieten nichts von der Papenischen Anurdelung der Wirtschaft. Bezirksvorsitzer Friedemann ermahnte die Mitgliedschaften noch, darauf bedacht zu sein, daß auch der letzte Arbeitslose in den Besitz des „Korr.“ gelangte, um über die Vorgänge in seiner Organisation stets auf dem laufenden zu bleiben.

Allgemeine Rundschau

Warnung vor Zuwanderung nach Österreich. Dem Vorstand des Bundes der freien Gewerkschaften Österreichs gingen von seinen Landessekretariaten in Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg in letzter Zeit Nachrichten zu, daß die Zuwanderung reichsdeutscher Gewerkschaftsmitglieder einen solchen Umfang annimmt, daß die einzelnen Sekretariate nicht mehr in der Lage sind, an die durchreisenden Unterschriften zu leisten. Aus diesem Grund sei hierdurch vor der Zuwanderung arbeitsloser Gewerkschaftsmitglieder nach Österreich gewarnt. Insbesondere sei noch darauf verwiesen, daß in Anbetracht der präferen-

lage der Gewerkschaften in den Grenzwandergebieten keine Reisegelegenheit mehr gegeben werden können.

Vom Zeitungsstreikshaus. Vom Naziministerium in Anhalt wurde die gesamte sozialdemokratische Presse das Verbot verboten. Die Verbotsbauer erstreckt sich beim Volkswort, Volksblatt für Anhalt und beim Volksfreund für Jernitz bis zum 8. Dezember, bei der Volksmacht in Bernburg und dem Volkswillen in Köthen bis zum 5. Dezember. Das Verbot soll offenbar den Zweck haben, die für die Nationalsozialisten sehr unangenehmen Auseinandersetzungen in der gegenwärtigen Landtagssitzung nicht in die breite Öffentlichkeit dringen zu lassen. In Anhalt, wo die Linksregierung von einer Nazisregierung abgelöst wurde, ist in der Staatskasse nach fünfmonatiger Regierungszeit ein Defizit von 4 Mill. M. zu verzeichnen. Die Linksregierung hatte 1 1/2 Mill. M. baren Kassenbestand hinterlassen. — In den Abendstunden des letzten Montags wurden in verschiedenen Stadtteilen Berlins von unbekanntem Täter elf Schaufenster von Scherz- und Missionsbüchsen mit Steinwürfen zertrümmert. Die Steine waren in Pappapier gewickelt, das die Aufschrift trug: „Wieder mit dem Verbot der roten Fahne! Heraus zum Massenstreik!“

Neues arbeitserfindliches Vereinsgesetz in Polen. Durch Dekret des polnischen Staatspräsidenten ist eine Notverordnung erlassen, durch die am 1. Januar ein neues Vereinsgesetz in Kraft treten soll, das sich besonders gegen die von der Regierung mißliebigen Organisationen und damit auch gegen die Gewerkschaften richtet. Die vereinigten Gewerkschaften, und zwar die Zentralkommission der polnischen freien Gewerkschaften, die Berufsvereinigungen Polens (Nationale Arbeiterpartei) und die christlichen Gewerkschaftsverbände, stellen in einem gemeinsamen Aufruf fest, daß dieses Vereinsgesetz den Verwaltungen der Behörden die Durchsicht aller Papiere und der gesamten Korrespondenz der Gewerkschaften gestattet, daß die Gewerkschaften den Behörden die Mitglieder ihrer Vorstände und Ausschüsse mitzuteilen und auf Anforderung Auszüge aus ihren Sitzungsprotokollen zustellen müssen. Sie stellen weiter fest, daß nach dem neuen Vereinsgesetz solche Gewerkschaftsverbände, welche die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung bedrohen, einfach aufgelöst werden können. Die Gewerkschaften erheben einmütig scharfen Protest gegen das neue Vereinsgesetz und erklären, daß dieses Gesetz ihnen die Vertretung der Interessen der polnischen Arbeiter unmöglich machen würde. Ferner erklären sie, daß das Gesetz eine Verletzung der Verfassung bedeutet, in der die Konstitutions-, Vereins- und Versammlungsrechte uneingeschränkt gewährleistet werden. Eine gemeinsame Tagung der genannten Zentralvorstände in Warschau hat gegen die Inkraftsetzung des neuen Vereinsgesetzes Protest erhoben und in einer Rundgebung die gesamte polnische Arbeiterkraft aufgefordert, eine entschiedene Aktion zur Verteidigung ihrer Rechte in die Wege zu leiten.

Verbilligter Reiseverkehr zu Weihnachten. Die Reichsbahn hat die Geltungsbauer der Festtags-Rückfahrarten auf Weihnachten und Neujahr sowie der Arbeiter-Rückfahrarten auf volle drei Wochen festgesetzt. Sie gelten zur Hinfahrt vom 21. Dezember, 0 Uhr, an allen Tagen bis zum 1. Januar 24 Uhr (die Hinfahrt muß am 1. Januar, 24 Uhr, beendet sein); zur Rückfahrt gelten die Karten vom 23. Dezember, 12 Uhr, an allen Tagen bis zum 10. Januar, 24 Uhr. Die Festtags-Rückfahrarten, die um 33 1/2 Proz. ermäßigt sind, werden für alle Verkehrsverbindungen der Reichsbahn ausgeben, für die die Ausgabe von Fahrkarten des gewöhnlichen Verkehrs möglich ist. Der Vorverkauf der Weihnachts-Rückfahrarten ist auf neun Tage ausgedehnt worden. Sie sind also vom 12. Dezember an in allen Reisebüros zu haben. Im Gegensatz zu den Urlaubskarten, die bekanntlich auf der Hinfahrt keine, auf der Rückfahrt dagegen drei Fahrunterbrechungen zulassen, kann mit der Weihnachts-Rückfahrkarte die Fahrt sowohl auf der Hinfahrt als auch auf der Rückfahrt je einmal unterbrochen werden. Der Eintritt der Rückfahrt ist auch nicht, wie bei der Urlaubskarte, an einen bestimmten Termin gebunden, er kann vielmehr bei der Weihnachts-Rückfahrkarte vom 23. Dezember, 12 Uhr, ab jederzeit innerhalb der Geltungsdauer erfolgen.

Ein interessanter Bauhüttenprojekt. In Stettin wird gegenwärtig ein Bauhüttenprojekt verhandelt, der in weiten Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt. Die Anlagenerhebung gegen den Leiter der Bauhütte für Pommern G. m. b. H., den Stadtrat Lid, kam infolge einer nationalsozialistischen Denunziation zustande. Im Juni dieses Jahres, als die Wellen des Walfstumpfes hochgingen, brachte der nationalsozialistische „Angriff“ in Berlin eine seiner berichtigten Nachbomben heraus. Der sozialdemokratische Stadtrat Lid vom Verband sozialer Baubetriebe habe Gelder nach dem Ausland verschoben. Die Sozialdemokratische Partei stehe vor einem Standa, der „noch größer sei als der Barmatstanda“. Die ganze Angelegenheit wurde so dargestellt, als ob der Verband sozialer Baubetriebe eine Dewitschierbereitschaft für und im Auftrag der Sozialdemokratie sei. Ungeheuerliche Bewürfe, die noch ungeheuerlicher werden, wenn man erfährt, daß der nationalsozialistische Presse, die daraus auch kein Hehl machte, das „Material“ über die „Dewitschierbereitschaft“ durch nationalsozialistische Beamte der Dewitschierbereitschaftsstelle bzw. der Zollverwaltung zugetragen wurde. Die Stettiner Staatsanwaltschaft hat dann in dieser Angelegenheit gegen die Bauhütte für Pommern G. m. b. H. Anklage erhoben. Nachstehend sei nun der wirkliche Sachverhalt des sogenannten Standas kurz und knapp geschildert, die die im Stettiner Prozeß vernommenen Sachverständigen, Professor Garbow von der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg, Generaldirektor Dr. Kemper von der Staatlichen Bau- und Bodenbau in Berlin und der Reichsbauoberinspektor Masch, gegeben haben: Die französische Regierung stellte seinerzeit rund 12 Milliarden Franken, etwa 2 Milliarden Mark, für Bauzwecke zur Verfügung. Aber die französische Bauindustrie, die fast veraltet ist und etwa auf dem technischen Stand von vor 40 Jahren steht, konnte den Anforderungen eines solchen Auftrags nicht nachkommen. Sie sah sich im Land der technischen Nationalisierung, in Deutschland, nach Hilfe um. So kam die Bauhütte für Pommern G. m. b. H. zu den jetzt vor dem Stettiner Gericht verhandelten Bau-

aufträgen in La Rochelle (Frankreich). Die Stettiner Bauhüttenleute wollten ihren in der Krise stillstehenden Arbeitsapparat ausnützen und in Frankreich, was dann auch geschehen ist, Geld verdienen, um neue Bauten in Pommern finanzieren und ihre Angestellten und Maurer beschäftigen zu können. Professor Garbow und Generaldirektor Dr. Kemper stehen auf dem Standpunkt, daß der Wert der Bauprojekte in La Rochelle für die deutsche Wirtschaft außerordentlich hoch zu veranschlagen sei. Der Gewinn, welcher fließen schon von diesen Gewinnen monatlich 300 000 Mark nach Deutschland — würde rund 4 Mill. M. betragen, während das von der Bauhütte für Pommern G. m. b. H. zur Anurdelung aufzubringende Kapital nur 400 000 M. ausgemacht habe. Die Bauhütte sei durch die französischen Aufträge in die Lage versetzt worden, ihren Stettiner Betrieb aufrechtzuerhalten, Bauten in Pommern zu finanzieren und der Arbeitslosigkeit auf dem Baumarkt zu steuern. Die beiden prominenten Sachverständigen haben sich für das von der Bauhütte Pommern G. m. b. H. übernommene Geschäft stark eingesetzt, wie sich jeder für dieses Geschäft einsehen muß, der objektiv und wirtschaftlich denkt. So hat aber die Bürokratie bei der Dewitschierbereitschaftsstelle leider nicht gedacht, als die Bauhütte für Pommern von ihr die Genehmigung zur Ausführung der für die Anurdelung der französischen Projekte notwendigen 400 000 M. einholen wollte. Vor dem Gericht in Stettin hat allerdings der Reichsbauoberinspektor Masch erklärt, hätte die Dewitschierbereitschaftsstelle damals das Geschäft so übersehen, wie das heute der Fall ist, dann, ja dann wäre es nicht zur Anklage gekommen und die nachträgliche Genehmigung sei angebracht. Seht, nachdem Lid in der Kapizele durch den Kot geschleift und als Dewitschierbereitschler verleumdet worden ist, nachdem die Nazis aus einer Angelegenheit, die nur im Interesse der deutschen Wirtschaft liegt, Nachbomben gegen die SPD. fabriziert haben! Daß der Leiter der Bauhütte für Pommern G. m. b. H., der sozialdemokratische Stadtrat Lid, ungeschuldig und grundlos vor den Richtern steht, daran ist nicht zu zweifeln. Aber die Bauhütte für Pommern hat (ob sie davon wußte oder nicht wußte, das ist die zweite entscheidende Frage, die das Gericht interessiert) Wertbeträge ohne Genehmigung der Dewitschierbereitschaftsstelle nach Frankreich ausgeführt und damit gegen krenge Dewitschierordnungen verstoßen. Der Stettiner Staatsanwalt hat ferner gegen seine innere Überzeugung Anklage erhoben. Auch er wird die „Affäre“ der Stettiner Bauhütte, wirtschaftlich und moralisch betrachtet, in Ordnung finden. Aber tote Paragrafen anwanen ihn zur Anklageerhebung. Es ist selbstverständlich, daß der Reichswirtschaftsminister solchen Geheißparagrafen, die sich in der Praxis als geist- und wirtschaftlich tödlich erweisen, nicht ausgeliefert sein darf. Das Reichswirtschaftsministerium wird nun vernunftgemäß handeln, wenn es die Genehmigung für die Ausführung der 400 000 M. noch nachträglich erteilt, mit denen die Stettiner Bauhütte im Ausland für jede Mark 10 M. für die deutsche Währungsreserve verdient hat. Ganz abgesehen von der bewiesenen Initiative zu wirklicher Wirtschaftsanurdelung.

Lebige Produktionsbelegung in allen Ländern. In der letzten Zeit läßt sich in den meisten Ländern eine allerdings nur leichte Besehung der Produktion nach jahrelangem Rückgang feststellen. Die Produktion für die ersten neun Monate dieses Jahres zusammengeseht, ergibt, daß der Rückgang von 1931 auf 1932 in Frankreich am stärksten ist. Gegenüber 1928 ist die Produktion gestiegen in Deutschland um 45 Proz., in Frankreich um 24 Proz., in Großbritannien um 17 Proz. und in den Vereinigten Staaten von Amerika um 49 Proz. Der Monat September dürfte in fast allen Ländern einen Aufschwung gebracht haben. Die Textilindustrie steht in der internationalen Konjunkturbesserung an der Spitze aller Industriegruppen.

Gigantische Zahlen über Groß-Berlin. Einige Angaben über die Ausdehnung der Reichshauptstadt und deren stark pulsierendes Leben dürften von allgemeinem Interesse sein. Die Stadt Berlin hat rund 7500 Straßen. Die kürzeste davon ist 25 Meter und der längste einseitige Straßenzug 23 Kilometer lang. Die Verkehrsdiste einiger Straßen Berlins geht aus folgenden Zahlen hervor: Während einer 14stündigen Beobachtungszeit verkehrten unter den Linden am Brandenburger Tor 10 477 Fahrzeuge, mithin jährlich 1177, nach beiden Richtungen. Die Straßenlänge der Wasserläufe für den Schiffsverkehr innerhalb des Reichshafens der Stadt Berlin beträgt insgesamt 185 Kilometer. Berlin hat 1006 Brücken, davon 707 für den Straßenverkehr und 359 für den Eisenbahnverkehr. Der gesamte flächige Grund- und Bodenbesitz der Stadt Berlin ohne das Straßennetz beträgt 59 749 Hektar (234 216 Morgen), darunter 23 594 Hektar (92 488 Morgen) Forsten. Die Stadt Berlin besitzt 63 landwirtschaftliche Güter. Von der Gesamtbevölkerung Berlins von über 4,2 Millionen sind rund 1 800 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte. Berlin hat 30 Theater mit insgesamt 40 981 Plätzen, große Kabarettstadien 7 mit 16 361 Plätzen vorhanden. An Lichtspieltheatern gibt es 395 mit 194 397 Plätzen. Die Kinobesucher Berlins wurden im Jahr 1931 von 55 600 000 Personen besucht. Der Einwohnerzuzug nach Berlin ist die viertgrößte Stadt der Welt, und zwar nach New York, London und Tokio.

Wesche Besemester als Besemester. Über die Bibliothek des früher in Innsbruck anständig gewesenen Universitätsprofessors Blacher zitierte der „Österreichische Metall- und Bergarbeiter“ aus dem in „Tiroler Anzeiger“ erschienenen Lebenserinnerungen eines Innsbrucker Akademikers folgende Stelle über einen Besuch bei dem genannten Gelehrten: „Blacher lud mich zu näherer Besichtigung seiner Bibliothek ein, die nicht sachwissenschaftlich, sondern schöngeistig, allgemein interessierenden Inhalts sei. Da standen in prächtigen, gleichmäßigen Lederbänden die Meisterwerke aller Völker und Zeiten, von Homer bis herab zu Grillparzer. Mir war keine Sammlung der Weltliteratur von dieser Art bekannt und ich sah, mir sie ansehen zu dürfen, was Blacher ohne weiteres gestattete und mich nur ersuchte, beim Herausnehmen der Bücher vorsichtig zu sein. Ich nahm also einen Band und sah zu meinem Entsetzen, daß ich nur eine Kitztrappe in der Hand hielt, eine Schachtel in Buchform; und schlug man den Deckel zurück, so stand darin — ein flächigen Irgebeiner Kitzforze, jedes dieser Meisterwerke der Weltliteratur barg in seinem Innern eine andre Sorte von Schnaps.“ Die „schöngeistige“ Bibliothek des Innsbrucker Professors mag in der Tat

